

Ivan Brčić

„Versöhnung auf dem Balkan – rechtliche und politische Fragen“

Berlin, 27.01.2012, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin: Tagungsbericht

Das vom Interuniversitären Zentrum Berlin / Split¹ organisierte Symposium,² an dem fast 100 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Medien teilnahmen, ermöglichte eine aktuelle Einsicht in den „Versöhnungsprozess“ der Nachkriegsgesellschaften Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens. Anlass boten die Berlin-Besuche sowohl des kroatischen Staatspräsidenten Ivo Josipović im Januar als auch der seines serbischen Kollegen Boris Tadić im Juni 2011. Beide Staatspräsidenten hoben in ihren Reden die Notwendigkeit einer Versöhnungspolitik hervor, um eine weitere politische und rechtliche Entwicklung Südosteuropas im Hinblick auf den angestrebten EU-Beitritt voranzutreiben.

Die Eröffnung führte Prof. Dr. **Herwig Roggemann** als Leiter des Interuniversitären Zentrums Berlin / Split. Er wies darauf hin, dass Versöhnung nach den Verheerungen des 20. Jahrhunderts zu den Grundbausteinen der sich erneuerten und entwickelten Zivilgesellschaft in Europa gehört. Gerade rechtliche und politische Voraussetzungen des Versöhnungsprozesses seien für den Konfliktraum Südosteuropa und dem Weg der postjugoslawischen Staaten in die Europäische Union von aktueller und grundsätzlicher Bedeutung. Eine kritische Aufarbeitungsleistung der Ursachen und Folgen der Kriege der 1990er Jahre bilden einen wesentlichen Schritt in der Versöhnung. Noch 1989 habe er ein Symposium mit jugoslawischen Rechtsexperten am selben Ort über die Neuordnung der jugoslawischen Föderation veranstaltet. Unter den damaligen Teilnehmern konnte kein Konsens erzielt werden. Und nun wurde über 20 Jahre später ein Versuch gestartet, um einen Einblick in die Aufarbeitung der Folgen dieses Nichtkonsenses zu geben.

Im anschließenden ersten Teil des Symposions sprachen der kroatische Botschafter Dr. **Miro Kovač** und der serbische Botschafter Prof. Dr. **Ivo Visković** von der Bedeutung des politischen Aspekts des Versöhnungsprozesses. Kovač wies auf den schwierigen deutsch-französischen Versöhnungsprozess nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hin und stellte fest, dass in diesem Bereich in den postjugoslawischen Staaten doch vieles, sowohl von der staatlichen als auch von der zivilgesellschaftlichen Seite, geleistet wurde. Nach der kroatischen Befreiungsaktion „Oluja“ vom August 1995 erfolgte ein Jahr später das kroatisch-serbische Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung und Austausch von Botschaftern. Mit diesem Schritt sei eine Normalisierung in Gang gesetzt worden. Kroatien habe seinen Weg nach Europa in den folgenden Jahren in Richtung Nordwesten versucht zu bestreiten. Von der EU wurde jedoch ein „regionaler Ansatz“ verlangt. Diese Forderungen haben seit dem Regierungswechsel im Jahre 2000 sein Land dazu gebracht,

¹ Näheres über den Veranstalter lässt sich auf seiner Internetseite <http://www.intercentar.de/> erfahren.

² Die Veranstaltung fand dank der Unterstützung des DAAD sowie unter der Schirmherrschaft der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Prof. Dr. Cornelia Pieper statt.

Versöhnungspolitik mit seinen Nachbarstaaten zu betreiben. Die Zusammenarbeit mit dem ICTY in Den Haag sei ein wichtiges Instrument in diesem Versöhnungsprozess gewesen. Erst das Verlangen dieser Versöhnungspolitik führte zum Aufgeben des kroatischen Opfergedankens“. Mit der Bereitschaft zur Transformation habe Kroatien den Weg in die europäischen Integrationsprozesse begonnen sowie die Tore der EU geöffnet. Der knapp, aber dennoch positiv ausgefallene Referendumsausgang vom 22. Januar zum EU-Beitritt sei für die Umsetzung von europäischen Werten als eine wichtige Signalwirkung für die Länder des sogenannten westlichen Balkans anzusehen. Politische Eliten seines Landes haben bei der Verbreitung von „europäischen Werten“ eine wichtige Rolle gespielt und dabei nicht immer Rücksicht auf das Volk genommen. „Wenn man immer auf das Volk hören würde, würde man nicht weit kommen. Also sollte man weiterdenken“, so der kroatische Botschafter.

Aus der Sicht des serbischen Botschafters Visković wäre der Versöhnungsprozess um einiges einfacher zu bewerkstelligen, wenn es „formelle“ Sieger und Verlierer nach den Kriegen gegeben hätte. Die Hauptverantwortung für die blutigen Kriege trage der serbische Präsident Slobodan Milošević, doch sollte er nicht als der einzig Verantwortliche genannt werden. Für das Gelingen des Versöhnungsprozesses sei Aufklärung und das Bildungssystem von besonderer Bedeutung, betonte der serbische Botschafter. Heute müsse er als Professor, aufgrund der Nachwirkungen der medialen Kriegspropaganda sowie eines durch das damalige Bildungssystem geschaffene Klima der Feindseligkeit mit seinen Studenten deutlich schärfer diskutieren, als dies der Fall in den 1990er Jahren gewesen sei. Damals haben mehr Studenten sich zum sogenannten „anderen, proeuropäischen Serbien“ bekannt als dies aktuell der Fall sei. Als Grund nannte er eine gesellschaftliche Spaltung, die deutlich bei der politischen Elite und den Intellektuellen zum Vorschein kommt. Ein bedeutender Teil der Intellektuellen pflegt weiterhin den serbischen Opfermythos und fühlt sich in der Frage der Kriegsverbrecherprozess vor dem ICTY sowie von der „internationalen Gemeinschaft“ ungerecht behandelt. Gegenwärtig sei die Situation um einiges besser gestellt, da sich die ehemalige größte Oppositionspartei SRS im Jahre 2008 gespalten habe und seitdem sich Vertreter der neuentstandenen größten SNS-Oppositionspartei zumindest formell proeuropäisch bezeichnen. Was den Versöhnungs- und Normalisierungsprozess in unseren Einschätzungen anbelangt, so sollte diese politische und soziale Realität in Serbien nicht aus den Augen gelassen werden.

Im zweiten Teil des Symposions setzte Dr. **Dunja Melčić** (Frankfurt am Main) in ihrer Analyse den Jugoslawienkrieg in einem universalhistorischen Kontext fort. Das Ende des Kalten Krieges brachte eine endgültige Ablösung des alten europäischen Ordnungssystems mit sich, das eigentlich eher eine durch Antagonismen produzierte Unordnung gewesen sei. Als eines der Ergebnisse der Beendigung des Kalten Krieges seien auch die äußeren Existenzbedingungen Jugoslawiens, das Produkt dieser Unordnung, verschwunden. Der jugoslawische Staat sei dabei eine Unternehmung auf Zeit gewesen und viele seiner „inneren und äußeren Sponsoren“ seien sich dieser Temporalität nicht bewusst gewesen. Die Auflösung des südslawischen Staates hätte auch ohne Gewalt vollzogen werden können, wenn westeuropäische politische Eliten rechtzeitig verstanden hätten, dass die Unabhängigkeit der Republiken nicht das Problem, sondern die Lösung gewesen wäre. Eine eindeutige Lageerkennung und Unterstützung einer friedlichen und demokratischen

Desintegration wäre aus der Sicht von Melčić ein eindeutiges Signal in Richtung Belgrad gewesen. Die von Belgrad inszenierte Rebellion in Kroatien wurde im Westen fälschlicherweise als ein ethnischer Konflikt aufgefasst. Diese und andere Wahrnehmungen vieler westlicher Politiker und Meinungsmacher wurden vom Gedanken und Glauben einer Zukunftsfähigkeit des jugoslawischen, das sich bald jedoch als großserbische Projekt herausstellte, genährt. Dies habe sowohl den Krieg verlängert als auch zu falschen Einschätzungen am Kriegsende 1995 im Falle Bosnien und Herzegowinas geführt, wo kein gerechter Frieden hergestellt wurde. Die NATO-Intervention im Kosovo 1999 konnte gerade noch aus den Fehlern Lehren ziehen, führte Melčić abschließend aus.

Am Beispiel des *Bosnischen Atlas der Kriegsverbrechen* stellte der Leiter des „Zentrums für Ermittlung und Dokumentation“ (Istraživačko dokumentacioni centar) **Mirsad Tokača** (Sarajevo) seine Arbeit vor. Es handelt sich bei diesem Atlas um die Dokumentation der historischen „Geographie des Verbrechens“. Ziel dieses Projekts sei es, jedem Kriegsoffer seine Identität zurückzugeben. Namenlose Kriegsoffer seien immer Gegenstand von politisch motivierten Manipulationen gewesen, so Tokača. Ob zu jugoslawischen Zeiten, als seitens der Machthaber eine Instrumentalisierung der Opfer des Zweiten Weltkriegs betrieben wurde, oder am Beispiel des letzten Krieges in Bosnien und Herzegowina, sei dies immer der Fall gewesen. Um einen ideologischen Kampf um die Opferzahlen in Zukunft zu vermeiden, werden interessierte Bürger bald die Möglichkeit haben, auf der Internetpräsenz seiner Organisation das Dossier jedes Kriegsoffers in Bosnien und Herzegowina einzusehen. Die ersten Ergebnisse dieses Projektes wurden zum ersten Mal im Jahre 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt und von vielen Vertretern der politischen Eliten nicht akzeptiert gewesen, denn sie wichen von den veröffentlichten Daten erheblich ab. Tokača sprach von einem „number Game“ der verschiedenen auswärtigen sowie nationalen Eliten, das sich in einem Spielraum von 50.000 bis 200.000 Todesopfern bewege. Die von seinem Zentrum ermittelte Opferzahl des Krieges in seinem Land belaufe sich derzeit auf ca. 98.000 Tote. Bisher seien auf dem Portal 30% der vom Zentrum zusammengetragenen Daten zugänglich. So zeigen weitere Ergebnisse seiner Arbeit, dass 83% der zivilen Kriegsoffer Bosniaken gewesen seien und in den ersten vier Monaten des beginnenden Krieges 1992 die meisten Toten zu verzeichnen sind. Dieses Ergebnis gebe die Möglichkeit auch mit der Zurückhaltung der „internationalen Gemeinschaft“ zur Intervention ins Gericht zu gehen. Darüber hinaus verwies er auf Erfahrungen von Versöhnungsinitiativen aus dem Ausland, die jederzeit willkommen seien. Jedoch kämen viele dieser Initiativen mit dem Stereotyp, in Bosnien und Herzegowina habe ein ethnischer Konflikt stattgefunden. Aus seiner Sicht entspreche dies nicht der Natur des Krieges und führe zu falschen Schlussfolgerungen. Deshalb müsse ein solches Projekt nur aus dem inneren der Gesellschaften der jeweiligen Länder stammen.

Eine weitere Dokumentationsarbeit wurde von Dr. **Ante Nazor** aus Zagreb vorgestellt. Er ist Leiter des „Kroatischen Gedenk- und Dokumentationszentrums des Heimatkrieges“ (Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata). Dieses Zentrum ist auf Empfehlung des kroatischen Parlaments zur Erforschung und Sammlung von Dokumenten des in Kroatien als Heimatkrieg perzipierten Krieges im Jahre 2005 gegründet worden. Versöhnungsinitiativen sollten in den jugoslawischen Nachfolgestaaten als Vorbedingungen für gute nachbarschaftliche Beziehungen gelten. Für den Beginn eines

Versöhnungsprozesses seien „die Kenntnisse über die Ursachen der Kriege“ nicht wegzudenken. Indem er von „Ursachen“ des Krieges sprach, erklärte Nazor, der Krieg in Kroatien sei ein Aggressionskrieg Serbiens bzw. der Jugoslawischen Volksarmee gegen den kroatischen Staat gewesen. Wenn eben diese Ursachen – mit „Ursachen“ meinte Nazor offensichtlich die Verantwortung einzelner am Krieg beteiligter Akteure, nicht aber etwa die verschiedenen Aspekte des damaligen politischen oder sozioökonomischen Kontextes – beim Namen genannt würden, fielen eine Auseinandersetzung mit den Kriegsfolgen erheblich leichter. Dann werden sich diejenigen, die einem Angriff ausgesetzt waren, um einiges leichter den Verbrechen der eigenen Seite stellen, so Nazor. Sich der Vergangenheit zu stellen, bedeute in erster Linie, sich mit den „historischen Fakten“ auseinanderzusetzen. Die Ursachen der Kriege werden aus seiner Sicht sowohl vor dem ICTY als auch in den kroatischen Medien oft vernachlässigt. Der kroatischen Öffentlichkeit sind die Verbrechen der kroatischen Seite im großen Umfang gut bekannt. Die Versöhnungspolitik geht in Kroatien inzwischen so weit, dass ehemalige serbische Aufständische, die im Krieg gegen Kroatien gekämpft hatten, heute ebenfalls in kroatischen Institutionen wie dem Parlament tätig sind. Nazor setzte seinen Vortrag anhand von ausgewählten Dokumenten aus dem Archiv des von ihm geleiteten Zentrums fort.

Über die Arbeit des „Helsinki-Komitees für Menschenrechte in Serbien“ (Helsinški odbor za ljudska prava u Srbiji) berichtete Frau **Izabela Kisić** (Belgrad). Das Komitee sieht den Hauptfokus seiner Tätigkeit in der Aufklärung der Kriegsrolle Serbiens, seiner Institutionen und Eliten in den Kriegen in Kroatien, Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo. Die oft in den Medien verwendete Charakterisierung der Kriege als Bürgerkriege lehnte Frau Kisić ab. Es war in erster Linie ein Versuch Serbiens, zu Beginn auf dem jugoslawischen Territorium, und später gegen die selbständigen Republiken, mit Waffengewalt seine Grenzen auszudehnen. Eine Verwendung des Versöhnungsbegriffes lehnte sie ebenfalls ab. Nicht Versöhnung, sondern um eine Herstellung von gleichberechtigten Beziehungen und Verhältnissen zwischen den Ländern sollte man sich bemühen. Mit den demokratischen Veränderungen im Jahre 2000 ist es jedoch nicht zu einem Wechsel der Sicht der serbischen Elite gegenüber den Kriegen gekommen. Elemente der Kriegspolitik bestehen auch heute weiter fort. Eine Auseinandersetzung mit und um die Vergangenheit sei der wunde Punkt der serbischen Transition geworden. Das westliche Verhalten sei bei dieser Aufgabe nicht von großer Hilfe, da sich deren Politiken bisher nur auf Druckausübung einer Überstellung der seitens des ICTY Angeklagten beschränkten. Die Folgen sind, dass z.B. ICTY-Urteile in der serbischen Gesellschaft keine öffentlichen Debatten auslösen. Die Regierung versuche mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die Rezeption der Urteile des Tribunals zu verhindern. Das Thema der Vergangenheit habe auch die sogenannte Antikriegsbewegung Serbiens gespalten, was den Versöhnungsprozess erheblich erschwere, stellte Frau Kisić in ihren Abschlussgedanken fest.

Ein zweiter Referent aus Belgrad war Herr **Predrag Ivanović** vom „Fonds für humanitäres Recht“ (Fond za humanitarno pravo). Er stellte die Initiative REKOM (Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit) vor. Zwischen 2006 und 2009 wurde eine öffentliche Debatte mit über 6500 Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Opfer- und Veteranenverbänden aus allen jugoslawischen Nachfolgestaaten geführt, um auf die „effizienteste Arte und Weise“ nach einem Versöhnungskonzept zu suchen. Aus diesen

zahlreichen Sitzungen kam deutlich zum Vorschein, dass die Opfer der Kriege eine öffentliche Plattform bräuchten, um sich dort mit anderen über ihre Erfahrungen auszutauschen. Auch wurde nach einer geeigneten Struktur gesucht, „um an die Wahrheit zu kommen“, die aber nicht ein Gericht darstellt. Im März 2011 wurde der „Vorschlag für ein REKOM-Statut“ angenommen. Das minimale Ziel sei „die Fakten über die Kriege festzustellen“. Eine Versöhnung könne nur dann gelingen, wenn sich alle Seiten über die Fakten einig seien. Diese „Einigkeit über die Fakten“ solle das Fundament eines kommenden Versöhnungsprozesses darstellen. Jedes Land sollte eine eigene REKOM-Organisation gründen. Diese sollten dann zwei bis drei Jahre Zeit bekommen, um einen Bericht zu verfassen, welches am Ende dem Parlament vorgelegt und von diesem angenommen werden sollte. Die Akteure sollten sich bewusst werden, dass sie alle ein gemeinsames Interesse haben. Erst bei dessen gemeinsamer Annahme könnten Meinungskonflikte darüber ausgetragen werden, wie am besten das gemeinsame Ziel zu erreichen sei. Ansonsten werde die Lage an die aktuelle Situation erinnern, wo es des Öfteren zu Reibereien zwischen den Ländern kommt. Im Anschluss an das bereits erwähnte Statut wurde in den einzelnen Ländern eine Unterschriftenaktion gestartet, für die Ivanović folgende Ergebniszahlen vorstellte: Bosnien und Herzegowina 122.000, Kroatien 20.000, Serbien 250.000 Unterschriften. Diese Zahlen sollen bezeugen, dass es ein großes Potential an Zusammenarbeit der Menschen in den Ländern gibt.

In der anschließenden Diskussion wurde der REKOM-Ansatz sehr deutlich kritisiert. Herr Tokača unterstütze die REKOM-Initiative nicht, weil sie nicht aus den Gesellschaften der Länder selbst entstamme. Desweiteren hoben er und Herr Nazor hervor, dass eine „Feststellung von Fakten“ bereits existiere und man diese nicht noch einmal zu ermitteln brauche. Das Problem stelle eher eine Verbreitung und Annahme von den bereits ermittelten Fakten dar. Denn eine Kultur der Negierung herrsche auch in einigen dieser Organisationen, die nun die REKOM-Initiative durchführen wollen, so Tokača. Eine Zusammenarbeit mit allen Organisationen, die an der Versöhnung interessiert sind, begrüßte Nazor ausdrücklich. Doch auch er wehrt sich dagegen, Initiativen zu unterstützen, die über den vorhandenen kroatischen Institutionen stehen. Ivanović stimmte mit Nazor und Tokača überein, dass der Prozess der Faktenfeststellung bereits beendet sei. Doch es gebe keine länderübergreifende „Übereinstimmung über die ermittelten Tatsachen.“ Das wird wohl der Nichtkonsens dieses Symposions bleiben. Allerdings konnte dieses Treffen zumindest eine erste Annäherung an die unterschiedlichen Sichtweisen der Referenten im Bezug auf den angestrebten Versöhnungsprozess liefern. Der Versöhnungsbegriff selbst wurde dabei unterschiedlich aufgefasst. Dass Auseinandersetzungen um die Ursachen und Folgen der Kriege, die Tatsachen und Fakten, deren Deutung und Erinnerung an diese fortbestehen, wurde auf dem Symposium sowohl seitens der Referenten als auch seitens des Publikums deutlich zum Vorschein gebracht. Eine Suche nach Wegen für das Gelingen von Befriedung und Versöhnung sowie für kritische Ermittlungen und Interpretationen von Ursachen und Folgen der Kriege bedürfen sicherlich weiterer Initiativen und Anstrengungen. Den genannten Nichtkonsens könnte dabei die im Abschlusssatz von Roggemann – „Ich hoffe, wir sehen uns im nächsten Jahr“ – angekündigte Fortsetzung des Symposions wieder aufgreifen und vielleicht weitere Einblicke in dessen Folgen geben.